

Kooperationsvereinbarung

zwischen

der Landeshauptstadt Mainz,
vertreten durch Frau Beigeordnete Marianne Grosse,

und der

Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz,
vertreten durch Herrn Direktor Wolfgang Faller.

Präambel

Die Erinnerung zu bewahren an die Opfer des Menschen verachtenden nationalsozialistischen Regimes, ist eine Verpflichtung der gesamten Mainzer Bürgerschaft. Dies hat der Mainzer Stadtrat in seiner Entschließung aus dem Jahre 2005 bekräftigt. Erinnern heißt, das Geschehen der Vergangenheit wach zu halten sowie Demokratie und gesellschaftliche Akzeptanz in der Gegenwart lebendig zu machen und für die Zukunft zu sichern. Um dies mit Leben zu erfüllen, ist ein „Haus des Erinnerns - für Demokratie und Akzeptanz“ als Dokumentations- und Lehrzentrum zu schaffen. Auf dem Weg zur Realisierung dieses Ortes treffen die Landeshauptstadt Mainz und die Landeszentrale für politische Bildung für die Dauer von zunächst zwei Jahren folgende Kooperationsvereinbarung:

1.

Die Landeshauptstadt Mainz und die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz verständigen sich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auf gemeinsame Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildung, die den Charakter eines Pilotprojektes auch für andere rheinland-pfälzische Städte und Gemeinden haben sollen.

2.

Die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz stellt für die unter 1. genannten gemeinsamen Veranstaltungen ihre Räume im Haus Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz, kostenfrei zur Verfügung.

3.

Die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz gewährt die Nutzung ihrer Freihandbibliothek.

Mainz, 31. Juli 2013

Landeshauptstadt Mainz
In Vertretung



Beigeordnete

Mainz, 31. Juli 2013

Landeszentrale für
politische Bildung
Rheinland-Pfalz



Direktor